

### 4.3.5 Partizipation - Stärkung der Rolle der Bauern

In der Agenda 21 wird die Notwendigkeit der Beteiligung der Bevölkerung stark in den Mittelpunkt gerückt. Auch in dem Grundsatz 10 der Rio-Deklaration wird die Partizipation, die Behandlung der Umweltfragen unter Beteiligung aller betroffenen Bürger auf der jeweiligen Ebene, freier Informationsfluß und Bewußtseinsbildung gefordert.

In der Agenda werden verschiedene Aspekte der Partizipation angesprochen: *"Die Regierungen sollen Bauern und die sie vertretenden Organisationen in die politische Zielformulierung einbeziehen"* (32.6.c) und es soll *"eine echte Partnerschaft zwischen den Regierungsbehörden auf nationaler und lokaler Ebene, anderen Trägerorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen und den betroffenen Landnutzern"* (12.56 b) geschaffen und gefördert werden. Es soll ein Politikrahmen entwickelt werden, *"der Bauern Anreize und Motivation zur Anwendung nachhaltiger und effizienter Bewirtschaftungsverfahren bietet"* (32.5 e). Die Regierungen der einzelnen Länder sollen die traditionellen Methoden und Kenntnisse der ländlichen Bevölkerung anerkennen und fördern und *"sicherstellen, daß diese Gruppen auch tatsächlichen Anteil an den wirtschaftlichen und kommerziellen Vorteilen haben, die sich aus der Anwendung solcher traditioneller Methoden und Kenntnisse ergeben"* (15.4.g). Auch auf die Notwendigkeit der Gewährleistung *"gerechter Zugangsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung, insbesondere Frauen, Kleinbauern, Landlose und indigene Bevölkerungsgruppen zu Boden-, Wasser- und Waldressourcen und zu Technologien und Finanzierungs-, Vermarktungs-, Weiterverarbeitungs- und Absatzmöglichkeiten"* sowie Ausbildung wird explizit hingewiesen (14.17 b).

Sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern ist ein auf die Bauern als Zielgruppe ausgerichteter Ansatz, wie er in vielen Programmbereichen der Agenda 21 angesprochen wird, Schlüssel zur Einführung nachhaltiger Bewirtschaftungsformen. Die im Kapitel 32 geforderte *"Stärkung der Rolle der Bauern"* soll eine Veränderung des Verhaltens der Menschen und eine Umsetzung nachhaltiger Bewirtschaftungsstrategien fördern.

Die Regierungen sollen *"die Gründung von Bauernorganisationen durch Schaffung geeigneter rechtlicher und sozialer Rahmenbedingungen"* (32.6 e) und nationale, regionale und internationale Netzwerke von Organisationen, die nachhaltige Landwirtschaft betreiben, unterstützen und die Dokumentationsarbeit fördern: *"Regierungen sollen Netzwerke für den Austausch von Erfahrungen über praktische landwirtschaftliche Fragen einrichten"* (32.8 b) und *"mithelfen, ... die Einrichtung eines internationalen Netzwerkes zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft und die Entwicklung und Einführung alternativer Landbaumethoden zu beschleunigen"* (14.20 b, 14.11 c).

Die Beteiligung der Bäuerinnen und Bauern an politischen Entscheidungsprozessen muß in Deutschland und Europa entschieden verbessert werden. So unterschiedlich und vielschichtig wie die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft sind auch die Ziele und Interessen *"der Bauern"*. Sie gehen weit über die berufsständische Interessenvertretung durch den Deutschen Bauernverband hinaus, der den agrarpolitisch vorgegebenen Wachstumskurs der Betriebe und die Konzentration der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung vertritt.

Für die stärkere Beteiligung der Bauern und Bäuerinnen - wie in der Agenda 21 gefordert - ist eine Dezentralisierung der EU-Agrarpolitik erforderlich, bei der das Subsidia-

ritätsprinzip ernst genommen und entsprechend in Form verstärkter regionaler Kompetenzen umgesetzt wird. Landwirtschaftliche Förderprogramme müssen sehr viel stärker zielgruppenorientiert auf die ländliche Bevölkerung abgestimmt sein, die Agrarpolitik ist zu dezentralisieren, und NRO-VertreterInnen sollen an regionalen, nationalen und internationalen Verhandlungen beteiligt werden. Zur Sicherung des Informationszuges für Nichtregierungsorganisationen müssen z.B. die Protokolle des EU-Agrarministerrates vollständig veröffentlicht werden.

Nur mit der ernsthaften Einbeziehung der bäuerlichen Interessenvertretungen und Umwelt- und Verbraucherverbänden kann eine Umorientierung der Agrar- und Gesellschaftspolitik erreicht werden. Den Organisationen und Netzwerken müssen dafür finanzielle Möglichkeiten gegeben werden, ohne daß ihre Unabhängigkeit gefährdet wird.

#### 4.3.6 Agrarforschung und Lehre

Zur Durchsetzung und Förderung nachhaltiger Landwirtschaft wird die Bedeutung der Forschung und Lehre in der Agenda 21 hoch angesetzt. Die Regierungen werden aufgefordert, aktiv zu werden u.a. im Hinblick auf:

- sozioökonomische Forschung für eine nachhaltige Landwirtschaft (14.9.i);
- wissenschaftliche Vergleiche unterschiedlicher Wirtschaftsweisen (14.10.b);
- Erfassung der Umweltauswirkungen (14.10.b);
- Energieeinsparung und alternative Energien (14.95).

Besondere Bedeutung wird der stärkeren Orientierung der Agrarforschung an den Bedürfnissen der Bevölkerung beigemessen. *"Einheimische ökologische Kenntnisse und Gepflogenheiten"* (14.22 a) sollen integriert und die Forschung *"standortspezifisch"* (14.90 c) und *"interdisziplinär"* (14.90 b) durchgeführt werden. Die Regierungen sollen *"Lehrpläne für landwirtschaftliche Hochschulen und Ausbildungsstätten entwickeln, in denen die Ökologie in die Agrarwissenschaft integriert"* ist. *"Fachübergreifende Programme im Bereich der Agrarökologie"* sollen ein *"wesentlicher Bestandteil der Ausbildung einer neuen Generation von Agrarwissenschaftlern und im Feld tätiger landwirtschaftlicher Berater"* sein (32.13). Die Regierungen sollen außerdem *"Freiland-Forschungsvorhaben einleiten, die sich mit der Entwicklung alternativer, nichtchemischer Pflanzenschutzverfahren befassen"* (14.80).

Die Schwerpunkte der Forschung, Lehre und Bildung in der Bundesrepublik Deutschland liegen in den letzten Jahren verstärkt im Bereich der "High-tech" Land- und Ernährungswirtschaft, die hochgradig spezialisiert und auf den Erfolg des Agrobusiness ausgerichtet ist. Besonders gefördert wird die Bio- und Gentechnologie - u.a. begründet mit Aspekten des Umweltschutzes und der Ernährungssicherung. Vorrangige Ziele und Anreize sind u.a. der verstärkte Absatz von Pestiziden, Zusatzstoffen und Arzneimitteln. Die Forschungsziele aktueller Freisetzungen gentechnisch manipulierter Pflanzen sind z.B. nicht ökologische Verbesserungen, sondern die Etablierung von Herbizid-Toleranzen von Kulturpflanzen. Die Lobby und Finanzmittel der chemischen Industrie spielen insbesondere bei der Schwerpunktsetzung in der Forschung eine entscheidende Rolle.

Seit einigen Jahren hat sich die Lehre, Forschung und Beratung im Bereich nachhaltiger und ökologischer Landwirtschaft an mehreren Universitäten, Fachhochschulen etc. verstärkt durchgesetzt. Diese Entwicklung ist jedoch fast ausschließlich auf starkes Engagement einiger StudentInnen und einzelner Personen in Landwirtschaftskammern, -ministerien und Forschungseinrichtungen zurückzuführen - nicht hingegen auf eine verstärkte Förderung von offizieller Seite.

Sämtliche Lehr- und Forschungsinhalte der berufsbezogenen Aus- und Fortbildungsstätten sollten - wie in der Agenda 21 gefordert - bezüglich der Integration der nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft überprüft werden. Gemeinnützige Organisationen, die in diesen Bereichen aktiv sind, sollten in die Lehre, Aus- und Erwachsenenbildung, Beratung und Forschung stärker eingeschaltet, und NRO-Netzwerke in ihren Programmen des Informationsaustausches unterstützt werden. Die Forschungsaktivitäten der Bundesforschungseinrichtungen in den Bereichen Ökosysteme/Ressourcen, qualitätsgerechte und umweltverträgliche Agrarproduktion, Verbesserung der Qualität von Lebensmitteln sowie Sozioökonomie sind entsprechend der Nachhaltigkeits-Zielsetzung auszurichten.

#### 4.3.7 Handel

In der Agenda 21 wird handelspolitisch auf weitgehende Liberalisierung und Ausweitung des Welthandels gesetzt, ohne die sich daraus ergebenden Widersprüche zu den Zielen der Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit und Ernährungssicherheit zu thematisieren.

In der Agenda werden marktorientierte Reformen des internationalen Weltwirtschaftssystems gefordert. Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer soll drastisch reduziert werden: *"Der Entwicklungsprozeß wird nicht ... in Gang kommen, wenn die Entwicklungsländer von der Last ihrer Auslandsschulden erdrückt werden und keine ausreichenden Mittel zur Finanzierung einer solchen Entwicklung vorhanden sind"* (2.2). Es soll zu einer Konsensbildung an den Schnittstellen Umwelt, Handel und Entwicklung kommen (2.4). *"Die Weltwirtschaft soll ein günstiges internationales Klima schaffen, indem sie dafür sorgt, daß sich Handel und Umwelt wechselseitig unterstützen"* (2.3 b) und *"indem sie sich für eine Wirtschaftspolitik einsetzt, die sowohl der Umwelt als auch der Entwicklung zuträglich ist"* (2.2 d). Ökologische und soziale Fragen sollen in das Welthandelssystem - insbesondere GATT und WTO (Welthandelsorganisation) - einbezogen werden. Die einschlägigen Grundsätze der Rio-Deklaration wie zum Beispiel das Verursacher-, Vorsorge- und Internalisationsprinzip sollen in die GATT-Artikel eingehen. Die Regierungen sollen sich für die *"Unterstützung eines offeneren und nicht diskriminierenden Handelssystems im Zusammenhang mit der Verwirklichung einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Entwicklung und im Einklang mit diesbezüglichen international vereinbarten Grundregeln für den Handel und den Umweltschutz"* einsetzen (14.11 c).

In der Agenda 21 werden regionale Ernährungssicherungsstrategien befürwortet: *"nachhaltige Agrarentwicklungs- und Ernährungssicherungsstrategien sollen auf subregionaler Ebene"* unter Rückgriff auf *"regionale Produktions- und Handelspotentiale"* von den Regierungen verbessert werden (14.11 a). Es wird außerdem der *"spürbare Abbau von Stützungsmaßnahmen, die zu Wettbewerbsverzerrungen im Produktionsbereich führen, wie etwa ... Exportsubventionen"* (2.12) gefordert.

Eines der Hauptziele der EG-Agrarreform war der angestrebte Abschluß der Agrarverhandlungen im Rahmen der Uruguay Runde. Die EG-Agrarreform folgt daher viel mehr der spezifischen Logik von GATT im Hinblick auf eine verstärkte Weltmarktintegration der europäischen Landwirtschaft als der Logik der Agenda 21 zu Landwirtschaft und Handel. Die GATT-Vereinbarungen lassen jedoch weder ein generelles Anreizsystem zugunsten nachhaltiger Landwirtschaft mittels staatlicher Unterstützung noch die von der Agenda 21 geforderte Dezentralisierung und Einführung kommunaler Aktionsprogramme zu. Erlaubt sind lediglich Ausgleichszahlungen durch staatliche Umweltauflagen bis maximal in Höhe der zusätzlichen Kosten. Diese Regelungen stehen in krassem

Widerspruch zur Agenda 21. Die Agenda 21 setzt sich eindeutig für Anreizsysteme zur Umstellung auf eine umweltfreundliche Landwirtschaft ein.

Der GATT-Vertrag über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPM), der auf die internationale Harmonisierung des Lebensmittelrechts hinzielt, verstößt diametral gegen die einschlägigen Grundsätze der Rio-Deklaration, wie z.B. das Vorsorgeprinzip. Jedes Land, das strengere Lebensmittelstandards einführen will als die, die von der Codex Alimentarius Kommission empfohlen werden, und diese höheren Standards auch gegenüber Importen schützen will, kann von interessierten Importeuren bei GATT verklagt werden. Das Importland muß dann den Nachweis erbringen, daß seine höheren Standards wissenschaftlich gerechtfertigt sind. Die Erklärung von Rio bestimmt hingegen ausdrücklich, daß der fehlende wissenschaftliche Beweis über die Schädlichkeit eines Stoffes oder Produktionsverfahren kein Grund sein darf, notwendige Maßnahmen zur Vorsorge von Gefahren zu unterlassen.

Der internationale Agrarhandel - an den Vorgaben von GATT orientiert - vernachlässigt regionale, ökologische und soziale Aspekte. Er wächst vielfach auf Kosten der nationalen Selbstversorgung und der Tragfähigkeit vieler Agrarsysteme. Eine Realisierung nachhaltiger Landwirtschaft ist nur mit einer Änderung der Rahmenbedingungen des Welthandels machbar. Um allen Ländern eine eigenständige Entwicklung und regionale nachhaltige Produktion von Lebensmitteln zu ermöglichen, sollte sich die Europäische Union - als einen Schritt - von den Weltagrarmärkten zurückziehen und die Agrarexportsubventionen - wie in der Agenda 21 gefordert - abbauen.

Die Einsicht der Rio-Konferenz 1992, daß Umwelt und Entwicklung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung untrennbar zusammengehören, gilt auch und gerade für den internationalen Handel. Die Länder des Nordens tragen dabei - wie im Artikel 7 der Rio-Deklaration anerkannt - einen besonderen Anteil der Verantwortung für die Verwirklichung einer ökologisch und sozial tragfähigen Entwicklung, da sie die Hauptverursacher der globalen Umweltkrise sind und gleichzeitig über die technischen und finanziellen Ressourcen verfügen, um die weltweit aufbrechenden ökologischen und sozialen Probleme anzugehen.

## 5 Forderungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Landwirtschaft

Mit der vorliegenden Analyse der Maßnahmen der EG-Agrarreform wird deutlich, daß mit der EG-Agrarreform keine ausreichende markt- und umweltentlastende Wirkung erreicht wird. Die unüberschaubare Flut von neuen Regelungen macht die Landwirte zu "Schreibwirten" und zieht zugleich ein entsprechendes Kontroll- und Vollzugsdefizit nach sich. Höhe und Dauer der Ausgleichszahlungen sind nicht geklärt - die Zahlungen stellen somit keine ausreichende und verlässliche Planungsgrundlage für die Bäuerinnen und Bauern dar. Bäuerinnen und Bauern geraten durch die Zahlungen in eine zunehmende Abhängigkeit vom Staat und der Haushaltslage des Staates. Sie werden gezwungen, ihre Betriebsplanungen entsprechend staatlicher Förderkriterien zu optimieren und nicht nach ökologischen und sozialen Kriterien, die für den Betrieb und den Betriebskreislauf optimal wären. Auch in der Gesellschaft finden die Ausgleichszahlungen wenig Akzeptanz - Bauern und Bäuerinnen werden oft als Subventionsempfänger und Umweltverschmutzer beschimpft. Die agrarpolitischen Zwänge, denen sie u.a. aufgrund des zunehmenden Preisdrucks ausgesetzt sind, werden dabei nicht gesehen (s. auch 3.2).

Die aktuellen agrarpolitischen Beschlüsse beinhalten keine klare und langfristige Perspektive für eine ökonomische und ökologische Konzeption zukünftiger Landwirtschaft. ... Mit dem Ziel einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung muß sich künftige Landwirtschaft stärker an der Erhaltung der Umweltfunktionen orientieren. Eine verstärkte Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung, die sich an weitgehend ausgeglichenen Energie- und Nährstoffbilanzen orientiert, ist dringend voranzutreiben (SRU, 1994).

Dies wird auch als eine der zentralen Forderungen in einer Erklärung des Deutschen Bauernverbandes vom 7. Juni 1994 dargestellt (DBV, 1994 c). Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes legte zum zweiten Jahrestag der Konferenz von Rio ein Konzept "Landwirtschaft - Fundament einer nachhaltigen Entwicklung" vor:

Die deutschen Bauern und Bäuerinnen erklären ihre Bereitschaft, aktiv im Sinne der Rio-Konferenz zu wirken, und rufen die Politiker auf, diesen Prozeß zu unterstützen. ... Die heute aktuelle Forderung nach einer Kreislaufwirtschaft entspricht einer jahrhundertalten bäuerlichen Tradition. ... Damit eine nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln in weitgehend geschlossenen Kreisläufen erreicht werden kann, ist eine bodengebundene, verbrauchernahe Produktion anzustreben. ... Hier zeigt sich, daß die Landwirtschaft einen fundamentalen Beitrag zur dauerhaften und umweltschonenden Entwicklung unserer Gesellschaft leisten kann und muß. ... Hier muß die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die ökologisch ehrliche Preise unter Einbeziehung der Umweltvorteile und -nachteile zulassen (DBV, 1994 c).

Die gravierendsten ökologischen und sozialen Probleme in der Landwirtschaft sind zwar erkannt oder werden zumindest nicht mehr geleugnet, doch wenn es an konkreten Verändern geht, sieht die Realität immer noch anders aus. Sowohl der Bauernverband als auch die offizielle Agrarpolitik unterstellen, daß die heutige Landwirtschaft längst nachhaltig sei und verharmlosen mit solchen Aussagen die derzeitigen Probleme. Gefördert wird diese Annahme auch durch eine interessensgeleitete optimistische Ein-

schätzung künftiger Potentiale des Anbaus nachwachsender Rohstoffe und Energieträger, der Verwertung von Siedlungsabfällen (Klärschlamm, Kompost) oder der Erschließung anderer außerlandwirtschaftlicher Nebenerwerbsalternativen im ländlichen Raum (Golfplätze, Pflegeheime, Ferien auf dem Bauernhof etc.).

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung der Agrarpolitik wird von vielen Akteuren sehr deutlich betont - meist jedoch außerhalb offizieller agrarpolitischer Kreise oder der berufsständischen Vertretung. Im Herbst 1994 haben sich zehn landwirtschaftliche Organisationen auf "Eckpunkte für eine neue Agrarpolitik" geeinigt. Diese Organisationen (u.a. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bund der Deutschen Landjugend) sind der Auffassung, daß ein tiefgreifendes Umdenken in der Agrarpolitik dringend notwendig ist. Die Eckpunkte, die auf eine Reform der europäischen Agrarreform hinstreben, beinhalten zahlreiche Forderungen, die sich weitgehend mit den Forderungen nach einer nachhaltigen Landwirtschaft decken (Unabhängige Bauernstimme, 1994).

Mit einer nachhaltigen und umweltverträglichen Landwirtschaft auf der gesamten landwirtschaftlichen Fläche verbindet sich die Hoffnung, mehrere drängende Probleme zugleich lösen zu können:

- Die unerwünschten und teuer subventionierten Agrarüberschüsse werden abgebaut und die öffentlichen Haushalte entsprechend entlastet;
- der Preisverfall auf dem Weltmarkt wird vermindert; damit verbessern sich u.a. die Bedingungen der Entwicklungsländer und Staaten Mittel- und Osteuropas für die Entwicklung ihrer eigenen Landwirtschaft und für Deviseneinnahmen aus Agrarexporten;
- die Ressourcenverschwendung wird durch weitgehend geschlossene Kreisläufe ersetzt;
- gesunde und schmackhafte Lebensmittel werden umweltverträglich und nachhaltig produziert;
- landwirtschaftliche Arbeitsplätze und die ländliche Sozialstruktur bleiben erhalten und werden neu belebt;
- die von der Landwirtschaft verursachten Umweltschäden und die damit verbundenen Kosten werden deutlich verringert;
- die in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen können über den Verkauf ihrer Produkte ein ausreichendes Einkommen erzielen.

Um die Umweltbelastungen, die Agrarüberschüsse und die Freisetzung von Treibhausgasen zu reduzieren, muß die überhöhte Produktionsintensität in Europa durch eine flächendeckende Extensivierung der Landwirtschaft gesenkt werden. Eine Extensivierung darf sich nicht auf eine Optimierung des Betriebsmitteleinsatzes beschränken, die sich ausschließlich am kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Kalkül orientiert, sondern muß eine weitgehend geschlossene Kreislaufwirtschaft anstreben, wie sie derzeit am ehesten vom ökologischen Landbau umgesetzt wird. Eine flächendeckende Extensivierung der Landwirtschaft ist daher nur möglich durch eine grundlegende Neuorientierung der Subventionspolitik, durch eine Abkehr von der einseitigen Ausrichtung auf die Produktionsfunktion der Landwirtschaft, durch die grundlegende Erweiterung der Ziele und Maßnahmen der Agrarpolitik von der Agrarproduktion auf die ländlichen Räume mit ihren vielfältigen Funktionen. Übergeordnetes Ziel der Landwirtschaft kann nicht mehr die Höchstproduktion sein, sondern die Pflege unserer natürlichen Lebensgrundlagen (Pribe, 1994 a). Dies erfordert eine gleichberechtigte Anerkennung und Vergütung der beiden Aufgaben der Landwirtschaft:

- die ausreichende und umweltverträgliche Produktion gesunder Nahrungsmittel und Rohstoffe,

- die Pflege und der Erhalt der Kulturlandschaft und der Lebensfähigkeit der ländlichen Räume.

Ein flächendeckender Erhalt der Kulturlandschaft ist nur möglich, wenn der Rückzug der Bewirtschaftung in die "landwirtschaftlichen Gunsträume" bzw. eine "Reservate-Landwirtschaft" als Folge der zeitweisen oder dauerhaften Stilllegung landwirtschaftlich genutzter Flächen verhindert werden kann. Der Umweltrat hält es daher mittelfristig für erforderlich, die Flächenstilllegung durch eine Extensivierung der Bewirtschaftung abzulösen (SRU, 1994).

Angesichts der Erfolglosigkeit bisheriger Naturschutzbemühungen hat auch bei den Naturschützern ein Umdenken begonnen: Weg vom "Käseglocken-Naturschutz" auf 1 % unserer Staatsfläche hin zur Unterstützung einer umweltverträglichen und tragfähigen Wirtschaftsweise auf der gesamten Fläche.

Die heute gängige Naturschutzforderung ist eine auf 100 % der Fläche umweltverträgliche Landnutzung. ... Dazu muß der Naturschutz v.a. auch seine geschichtlich begründete Nutzerfeindlichkeit aufgeben und statt detaillierte Bewirtschaftungsaufgaben zu formulieren lieber auf eine radikale Veränderung der wirtschaftlichen und agrarpolitischen Rahmenbedingungen hinarbeiten ... (Rösler, 1995).

Die Verbesserung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion kann durch die kostenmäßige Anlastung der mit den jeweiligen Produktionsverfahren bzw. -intensitäten verbundenen ökologischen und sozialen Schäden erreicht werden. Unabdingbar notwendig ist die ökonomische Bewertung und Internalisierung (kostenmäßige Anlastung) der ökologischen und sozialen externen Nutzen und Schäden der Landwirtschaft. Dies sollte u.a. durch die Verteuerung der Energie - und damit der energieintensiven externen Betriebsmittel wie z.B. chemisch-synthetische Düngemittel, Pestizide und Importfuttermittel - sowie durch Umwelt- und Tierschutzaufgaben und die Durchsetzung von Qualitäts- und Rückstandsnormen erfolgen. Umweltbelastende Subventionen (z.B. die Gasölverbilligung) sollten abgebaut werden. Vor allem die Forderung nach einer Stickstoff-Abgabe wurde von Agrarwissenschaftlern, von Politikern sowie vom Sachverständigenrat für Umweltfragen wiederholt erhoben.

Wenn die ökologischen Leistungen der Landwirtschaft - also die von ihr ausgehenden positiven externen Effekte - künftig durch entsprechende Einkommen honoriert werden, ist es nur konsequent, die von der Landwirtschaft ausgehenden negativen externen Effekte - wie in anderen Sektoren auch - gemäß dem Verursacherprinzip mit Abgaben zu belegen (SRU, 1994).

Zur Internalisierung der negativen externen Effekte der Landwirtschaft sind folgende Maßnahmen denkbar:

- die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer;
- die Einführung einer Abgabe/Steuer/Kontingentierung z.B. auf Mineralstickstoff, Gülleüberschüsse und Biozide sowie die Begrenzung der Düngung über die Festsetzung von Höchstmengen bei Wirtschafts- und Mineraldüngern durch die längst fällige Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie in eine nationale Düngeverordnung;

- die Einführung verbindlicher Maßnahmen und Auflagen für den Bodenschutz (Erosionsschutz, Stallmist-Humuswirtschaft, Zwischenfruchtbau etc.);
- die konsequente Bindung der Tierhaltung an die betriebseigene Fläche bzw. Futtergrundlage (bei max. 1,5 GVE/ha);
- die Verringerung des Futtermittelzukaufs und -imports (die konsequente Flächenbindung der Tierhaltung führt tendenziell zu einem Rückgang der Futtermittelnachfrage);
- die Förderung des Umbaus der Güllewirtschaft auf emissionsärmere und tiergerechtere Festmisthaltungssysteme (ggf. finanziert durch eine Gülleabgabe) und die Einführung verbindlicher Auflagen für eine emissionsarme Wirtschaftsdüngerlagerung und -ausbringung;
- Verbot tierquälerischer Transporte sowie der Massentier- und Käfighaltung;
- Verbot der Zulassung ökologisch bedenklicher Technologien und Verfahren, wie z.B. Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung, Hormone in der Tierhaltung und Patentierung von Lebewesen;
- die Senkung des Energieverbrauchs in der Landwirtschaft, auch durch die Streichung der Gasölbeihilfe und der steuerlichen Vorteile für landwirtschaftliche Fahrzeuge;
- die energetische Verwertung organischer Rest- und Abfallstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, soweit diese nicht innerhalb der Stoffkreisläufe im Betriebskreislauf verbleiben;
- Investitionsförderungsprogramme für Projekte, die auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise ausgerichtet sind (regenerative Energien, Stall(um)bau, Markterschließung für ökologisch erzeugte Produkte etc.).

In Verbindung damit sind regionale Weiterverarbeitung und Vermarktung, Marketing, Beratung, Ausbildung, Kontrollwesen, Werbung, Verbraucherberatung und -aufklärung und Marktentwicklung von umweltgerecht erzeugten Lebensmitteln entsprechend der Agenda 21 zu fördern. Zahlreiche und vielfältige sozial- und umweltverträgliche Arbeitsplätze müssen in der Landwirtschaft, den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereichen sowie dem ländlichen Handwerk erhalten und neu geschaffen werden. Die Erzeugerpreise der landwirtschaftlichen Produkte müssen kostendeckend sein und die ökologischen und sozialen Kosten beinhalten, so daß die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern, die nachhaltig wirtschaften, über den Verkauf der Produkte angemessen entlohnt wird.

Die Verteuerung der Betriebsmittel und Produktionsauflagen führen zu steigenden Erzeugungskosten und - soweit ein Außenschutz gewährleistet ist - zu einem höheren Preisniveau in der Europäischen Union. Ob jedoch nach Öffnung des EU-Binnenmarktes und Abschluß der GATT-Verhandlungen der derzeitige Außenschutz beibehalten oder wieder verstärkt werden kann, ist fraglich. Denkbar ist aber das ganz pragmatische Angebot an die Handelspartner, v.a. an die USA, die Produktion von Agrarüberschüssen in Europa zu senken, die Agrarexportsubventionen vollständig abzubauen und sich von den Weltmärkten zurückzuziehen statt die Überschüsse weiterhin auf dem Weltmarkt zu verschleudern. Zugleich sollte die Europäische Union die Futtermittelimporte reduzieren. Den Entwicklungsländern und Staaten Mittel- und Osteuropas könnte mit diesen Maßnahmen eine eigenständige Entwicklung und regionale nachhaltige Produktion von Lebensmitteln ermöglicht werden. Bei einem höheren Preisniveau in der Europäischen Union hätten die Entwicklungsländer und Staaten Mittel- und Osteuropas außerdem die Möglichkeit aus ihren - dann verringerten - Agrarexporten vermehrt Deviseneinnahmen erzielen zu können.

Bis zur Erreichung des höheren Preisniveaus, bei dem die Preise gemäß dem Verursacherprinzip die ökologischen und sozialen Kosten beinhalten und die bäuerliche Arbeit angemessen bezahlt wird, sollten - wie in der Rio-Deklaration und der Agenda 21 gefordert - übergangsweise Ausgleichszahlungen gezahlt werden, die an ökologische und



soziale Kriterien gebunden sind. Diese Zahlungen würden den GATT-Regeln entsprechen und dauerhaft abzusichern sein. Zusätzlich sollte gemäß den Forderungen der Agenda 21 die regionale Verarbeitung und Vermarktung umwelt-, sozialverträglich und tiergerecht erzeugter Produkte gefördert werden.

Während einer Übergangszeit sind die heute indirekt (durch Preisstützung) oder direkt zur Einkommenssicherung in der Landwirtschaft verwendeten Mittel des Ausrichtungs- und Garantiefonds Schritt für Schritt in Mittel zur Förderung einer dauerhaft-umweltgerechten Landnutzung umzuwandeln (SRU, 1994).

Ein erster konkreter Schritt hin zu einer Neuorientierung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen wäre die Schaffung entsprechender finanzieller Anreize auf nationaler und EU-Ebene. Der Finanzmechanismus der EU muß eine Extensivierung und die angestrebte Senkung der Überschußproduktion - auch bei einem nationalen Alleingang - belohnen, statt sie durch sinkende Ausgleichszahlungen bei gleichbleibenden Zahlungsverpflichtungen in die gemeinsame Kasse zu "bestrafen".

Die ökologische Landwirtschaft - so wie sie von den in Deutschland in der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau, AGÖL, zusammengeschlossenen anerkannten ökologischen Anbauverbänden vertreten wird - zeigt, daß es Beispiele umwelt- und sozialverträglicher und zugleich dauerhaft tragfähiger Landnutzungskonzepte gibt.

Die ökologische Landwirtschaft ist geprägt durch weitgehend geschlossene Stoffkreisläufe und Umweltverträglichkeit (SRU, 1985). Der ökologische Landbau orientiert sich am Prinzip einer dauerhaft-umweltgerechten Wirtschaftsweise. ... Bauer (1993) sieht im ökologischen Landbau eine marktwirtschaftliche Innovation, deren besonderer Wert darin zu sehen ist, daß sie sich außerhalb des agrarpolitischen Systems entwickelt hat (SRU, 1994).

Daher fordern auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen und die Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages eine deutliche Ausweitung der Förderung des ökologischen Landbaus, die Förderung des Absatzes und der Vermarktung von Produkten des ökologischen Landbaus sowie die Verbesserung der Ausbildung, Forschung und Beratung im ökologischen Landbau.

Die Umsetzung der Beschlüsse und Konventionen von Rio, insbesondere der Agenda 21, erfordern die Einbettung der oben genannten Maßnahmen in eine grundlegende Reform der nationalen und europäischen Agrar- und Wirtschaftspolitik. Dies muß auch eine entsprechende Ausrichtung der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und die Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einschließen. Eine solche grundlegende Reform der (Agrar-)Politik erfordert ein Umsteuern in allen Bereichen der Gesellschaft und kann daher nicht allein "von oben" erfolgen, sondern muß von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung getragen werden. Hierzu leisten die im Forum Umwelt & Entwicklung zusammengeschlossenen Organisationen aus Umwelt- und Entwicklungspolitik, den Kirchen, dem AgrarBündnis u.a. einen wichtigen Beitrag. Dieser Anstoß ist aufzugreifen und auszuweiten, um ausgehend von individuellen, lokalen und regionalen Aktivitäten Einfluß und Druck auch auf die nationale und internationale Politik auszuüben.

## 6 Abkürzungsverzeichnis

### Abkürzungen

AGÖL	ArbeitsGemeinschaft Ökologischer Landbau
AK	Vollarbeitskraft
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
DBV	Deutscher Bauernverband
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agricultural Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GVE	Großvieheinheiten
ha	Hektar (= 10.000 m <sup>2</sup> )
LF	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
NRO	Nichtregierungsorganisation/en
SARD	Sustainable Agriculture and Rural Development (Nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung)
SPM	Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen
SRU	Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
t	Tonne
UBA	Umweltbundesamt
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung)
UNEP	United Nations Environment Program (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

### Chemische Formeln

CO <sub>2</sub>	Kohlendioxid
NO <sub>2</sub>	Stickstoffdioxid
NO <sub>x</sub>	Stickstoffoxide
NH <sub>3</sub>	Ammoniak
N <sub>2</sub> O	Distickstoffoxid

## 7 Quellenverzeichnis

- Agenda 21 (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro; Deutsche Übersetzung, herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
- Agra-Europe (1994 a): Viele Betriebe ohne Hofnachfolger, Länderberichte 30, Agra-Europe 27/94
- Agra-Europe (1994 b): Wettbewerbskraft der Landwirtschaft stärken, Kurzmeldungen 7, Agra-Europe 17/94
- Agra-Europe (1995 a): Täglich machen in Westdeutschland 70 Höfe zu, Kurzmeldungen 23, Agrar-Europe 1/2/95
- Agra-Europe (1995 b): Düngerverbrauch ging weiter zurück, Kurzmeldungen 30, Agrar-Europe 1/2/95
- Agrarbericht (1987, 1990, 1992, 1994 und 1995): Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Bonn
- AgrarBündnis (1995): Der Agrarbericht verschleierte die Misere, Presseinformation vom 7.2.95, AgrarBündnis e.V., Bonn, 1995
- Bauer, S. (1993): EG-Agrarreform: eine erste Bewertung aus marktwirtschaftlicher und umweltpolitischer Sicht, ZAU, 6, (1), 97-104
- BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1993 a): Agrarpolitische Mitteilungen 4/93: Der künftige Weg, Agrarstandort Deutschland sichern, Bonn, 16.6.93
- BML (1993 b): Reduzierung der Stickstoffemissionen der Landwirtschaft; Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schriftenreihe A des BML, Heft 423, Bonn
- BML (1994 a): Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1993, Bonn
- BML (1994 b): Agrarpolitik und Agrarstruktur, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Heft 433, 1994, Landwirtschaftsverlag GmbH Münster
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (1994): Umwelt 1994 - Politik für eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung, Bonn
- Bundesregierung (1994): Unsere Landwirtschaft im Wandel, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundesministerium Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, 1994
- DBV (Deutscher Bauernverband) (1994 a): Situationsbericht 1994, Zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft, Bonn, Dezember 1994
- DBV (1994 b): Stellungnahme des DBV-Präsidiums vom 11.10.94, in: DBV-Informationen 43-94 vom 27.10.94
- DBV (1994 c): Landwirtschaft - Fundament einer nachhaltigen Entwicklung, Erklärung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes vom 7. Juni 1994, Bonn

- EG-Kommission (1991): Die zukünftige Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik - Grundsatzpapier der EG-Kommission; EG-Kommissionsdrucksache 100(91), Brüssel
- EG-Nachrichten (1993): Berichte und Informationen, Nr. 13 vom 5. April 1993, Europäische Kommission, Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
- Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Schutz der Grünen Erde, Klimaschutz durch umweltgerechte Landwirtschaft und Erhalt der Wälder, 1994, Economica-Verlag, Bonn
- FAO (Food and Agricultural Organization) (1992): Field Programme Circular No. 8/92, December 1992
- Fink, A. (1995): Die Zukunft der Milch, in: Mitgliederrundbrief Nr. 36/1995, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Westfalen e.V.
- Forum Umwelt & Entwicklung (1994 a): Vertane Chance in Genf!, Presseerklärung vom 1.9.1994, in: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/94, Hrsg.: Projektstelle Umwelt & Entwicklung, Bonn, 1994
- Forum Umwelt & Entwicklung (1994 b): Rundbrief 3/94, Hrsg.: Projektstelle Umwelt & Entwicklung, Bonn, 1994
- Fuchs, C. und W. Trunk, (1994): Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die Umweltverträglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion, Referat, das anlässlich der fünfunddreißigsten Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues vom 5.- 7.10.1994 in Hohenheim gehalten wurde
- Gliese, J. (1994): Zum Stand des INCD Konventionsprozesses, Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 4/94
- Haas, G. und U. Köpke (1994): Vergleich der Klimarelevanz Ökologischer und Konventioneller Landbewirtschaftung; In: Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" (Hrsg.), Landwirtschaft, Studienprogramm, Economica-Verlag, Bonn
- Häpke, U. und J. Haafke (1995): Landwirtschaft und Umwelt, Bäuerinnen und Bauern: Chemiarbeiter oder Ökobeamte, in: Der Kritische Agrarbericht 1995, AgrarBündnis e.V. (Hrsg.), Bonn
- Isermann, K. (1994): Ammoniak; In: Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" (Hrsg.), Landwirtschaft, Studienprogramm, Economica-Verlag, Bonn
- Jungehülsing (1994): Ökologische LW-Loseblatt, Springer-Verlag, Heidelberg
- Klimakonvention (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro; Deutsche Übersetzung, herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
- Konvention über die Biologische Vielfalt (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro; Deutsche Übersetzung, herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
- Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (1994): vorläufige Übersetzung des UN-Dokumentes "International Convention to Combat Desertification in Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, Particularity in Africa", United Nations General Assembly

- Müller, C. (1995): Monopoly auf sächsisch, Alles Müller oder was?, in: Unabhängige Bauernstimme Februar 1995, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Bauernblatt e.V., Rheda-Wiedenbrück
- Niemann, E. (1993): Das Agrobusiness: Marktstrukturen rund um die Landwirtschaft, in: Der Kritische Agrarbericht 1993, Hrsg.: AgrarBündnis e.V., Bonn
- Pisani, E. (1993): Was für eine Landwirtschaft brauchen wir?, in: Der Kritische Agrarbericht 1993, Hrsg.: AgrarBündnis e.V., Bonn
- Poppinga, O. (1993): Zur sozialen und ökonomischen Situation, in: Der Kritische Agrarbericht 1993, Hrsg.: AgrarBündnis e.V., Bonn
- Priebe, H. (1994 a): Agrarpolitik und Klimaveränderungen; In: Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" (Hrsg.), Landwirtschaft, Studienprogramm, Economica-Verlag, Bonn
- Priebe, H. (1994 b): Die Agrarpolitik befindet sich auf Irrwegen. Handelsblatt, 5./6.11.94
- Projektstelle Umwelt & Entwicklung (1994 a): Zwei Jahre nach Rio - eine Bilanz, Bonn, Juni 1994
- Projektstelle Umwelt & Entwicklung (1994 b): Schlußfolgerungen aus der Agenda 21 für eine Novellierung des deutschen Pflanzenschutzgesetzes, Studie des Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V., Bonn, 1994
- Projektstelle Umwelt & Entwicklung (1995): Gestaltung der Agrarpolitik in Deutschland - Schlußfolgerungen aus der Agenda 21, Bonn, 1995
- Reimer, W. (1994): Für eine nachhaltige Landwirtschaft, in: Der Kritische Agrarbericht 1994, Hrsg.: AgrarBündnis e.V., Bonn
- Rio-Deklaration (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro; Deutsche Übersetzung, herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
- Rösler, S. (1995): Naturschutz am Ende? - Naturwirtschaft als Zukunftsstrategie, in: Ökologie & Landbau, Heft 93, S. 24-25, 1/1995
- Scheele, M. und G. Schmitt (1993): Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" zum Thema "Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Reduktion klimawirksamer Spurengasemissionen im Landwirtschaftsbereich" am 5.7.1993, Kommissionsdrucksache 12/17 b, Deutscher Bundestag, Bonn
- SRU (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) (1985): Umweltprobleme der Landwirtschaft, Sondergutachten März 1985, Verlag Kohlhammer, Stuttgart, Mainz
- SRU (1994): Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung - Umweltgutachten 1994 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, Bundestagsdrucksache 12/6995, Deutscher Bundestag, Bonn
- Strauß, U. (1994): Stimmungen und Einschätzungen nach der Agrarreform, Protokoll einer Gesprächsrunde, in: Der Kritische Agrarbericht 1994, Hrsg.: AgrarBündnis e.V., Bonn
- UBA (Umweltbundesamt) (1994): Stoffliche Belastung der Gewässer durch die Landwirtschaft und Maßnahmen zu ihrer Verringerung; Berichte 2/94, Umweltbundesamt (Hrsg.), Erich Schmidt-Verlag, Berlin

- Unabhängige Bauernstimme (1992): EG-Ausgleichszahlungen nicht dauerhaft!, in: Unabhängige Bauernstimme September 1992, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Bauernblatt e.V., Rheda-Wiedenbrück
- Unabhängige Bauernstimme (1994): Eckpunkte für eine neue Agrarpolitik, in: Unabhängige Bauernstimme November 1994, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Bauernblatt e.V., Rheda-Wiedenbrück
- Unabhängige Bauernstimme (1995): Thesen, Unabhängige Bauernstimme Februar 1995, Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Bauernblatt e.V., Rheda-Wiedenbrück
- Völkel, G. (1995): Flächenstillegung im Rahmen der EG-Agrarreform, in: Der Kritische Agrarbericht 1995, Hrsg: AgrarBündnis e.V., Bonn
- Weins, C. (1995): Flächenstillegung - Mehr Natur?, in: Der Kritische Agrarbericht 1995, Hrsg: AgrarBündnis e.V., Bonn
- Weinschenck, G. (1993): Nach der Agrarreform: Dschungel der Bürokratie oder doch noch ökologiegerechte Rahmenbedingungen?, in: Der Kritische Agrarbericht 1993, Hrsg: AgrarBündnis e.V., Bonn
- Zeddies, J., C. Fuchs, W. Gamer, H. Schüle und B. Zimmermann (1994): Verteilungswirkungen der künftigen EU-Agrarpolitik nach der Agrarreform unter besonderer Berücksichtigung der direkten Einkommenstransfers - dargestellt auf der Grundlage von Buchführungsergebnissen und Betriebsbefragungen. Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank/Frankfurt am Main, Band 8, 97-143









